

Haushaltsrede der SPD-Fraktion Löhne, gehalten durch den Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Böhm am 26.11.2014

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren des Rates, sehr geehrte Vertreter der Presse, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, sehr geehrte Gäste!

Vorab sei Dank gesagt , Dank an die Presse für ihre in diesem Jahr nicht immer einfache Berichterstattung, Dank an die fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei mit unserem Kämmerer Herrn Poggemöller an der Spitze, ohne die wir hier an dieser Stelle sicher nicht sitzen würden.

Im letzten Jahr habe ich mit der Aussage begonnen: „Es ist ein jährliches Prozedere, mit den Haushaltsreden noch einmal Akzente zu setzen, letzten Schliff an den Haushalt zu legen.“ Können wir dieses in der momentanen Situation wirklich? Unser Kämmerer Bernd Poggemöller hat es in der letzten Hauptausschusssitzung noch einmal deutlich gemacht, die Abhängigkeiten sind enorm, vom Kreis, vom Land, vom Bund. Nur geringe Verschiebungen bülden unserer Kommune enorme Ausfälle oder Kosten auf. Wir sind gefangen in einem Geflecht von Kennzahlen, Hochrechnungen, Ausgleichen. Da ändern sich diese beispielsweise nur gering. Rückgerechnet auf das Jahr 2010. Das bedeutet, dass wir mindestens sieben Jahre diese Nachwirkungen mit uns schleppen. Da gibt es Ausgleichszahlungen, Soforthilfen. Und die landen beim Kreis. Da redet man von einer Nichterhöhung der Kreisumlage, die schlichte Anwendung der wesentlich höheren Berechnungsbasis hat zur Folge: Mehrausgaben für die Stadt Löhne und ein schöner Mitnahmeeffekt im Kreishaus!

Und setzt die rasante Ausgabenentwicklung im Kreishaushalt ungeniert fort, 14 % Steigerung der Personalkosten!

Wir fordern klar und deutlich mindestens eine Begrenzung auf den schon für 2014 zur Verfügung stehenden Gesamtbetrag.

Traditionell muss die Stadt natürlich immer weiter sparen, immer neue Felder auf tun mit der Folge, an vielen Stellen in unserer Heimatkommune Auswirkungen zu spüren.

Letzter Schliff also? Es ist schon eine gewisse Ohnmacht, die einen als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger trifft, Automatismen, die sehr schwer zu durchschauen sind, für die Einwohner dieser Stadt manchmal schwer vermittelbar.

Mit der schon erfolgten Verabschiedung des Haushaltssanierungsplans haben wir uns positioniert, unseren Kindern eine konsolidierte Stadt zu hinterlassen. Wir wissen, dass wir ein gut Stück kommunaler Handlungsfähigkeit auch an andere abgegeben haben, wissentlich. Noch einmal: Nicht allein in Löhne werden die Entscheidungen getroffen, alle Aufsichtsbehörden schauen uns genau auf die Finger. Doch das Risiko war es uns wert, das haben wir verantwortungsvoll so entschieden.

Arbeitsplätze

In den letzten Monaten gab es in der Stadt Löhne viele Baustellen, Baustellen in dem Sinne: Hier muss beraten und abgestimmt werden. Ich möchte für alle Rats- und Ausschussmitglieder sprechen: Wohl selten war der Arbeitsanspruch so groß und hoch. Dicke Aktenpakete beherrschten das Tagesgeschehen, es ging um Strom und Gas, es ging um Hermes – und es ging und geht um viel Geld. Nicht nur diejenigen, die in ihren Fraktionen oder Vereinen in Verantwortung standen und stehen und die sich wieder besonders auf die Entscheidungen einzustellen hatten, jeder war gefordert. Und jedem wurden vor der Kommunalwahl auch Fragen gestellt, die es zu beantworten galt. Meine Fraktion hat sich zu ihren Entscheidungen öffentlich bekannt, hat sie den Bürgerinnen und Bürgern dargestellt.

Es wird die Frage bleiben, ob sich in den nächsten Monaten alle anderen Fraktionen an unsere Ratsbeschlüsse erinnern können.

Besonders herausragend war die Entscheidung um das Projekt Hermes, in Wirklichkeit ja zwei Projekte. Zum einen ging es um die Hermes Fulfilment GmbH, zum anderen um den Hermes Einrichtungsservice. Die Entscheidung der Hermes Gruppe, die über das gesamte Stadtgebiet verteilten Standorte betriebswirtschaftlich sinnvoll an einem Standort zusammenzufassen, hat zu lebhaften Diskussionen im Rat und auch in der Stadt geführt. Die SPD hat sich für den neuen Standort entschieden, für die Sicherung von Arbeitsplätzen, für Beibehaltung von Logistik mit dem Standort Löhne, für die Unternehmen, die unmittelbar mit Hermes in Löhne wirtschaftlich verknüpft sind. Der Baubeginn des Hermes-Einrichtungsservice am Kaisercenter ist für die Löhner SPD das Indiz, nicht nur ein altes Löhner Unternehmen zu halten und auch zukunftssträchtige Jobs und Ausbildungsplätze zu haben, es ist für uns auch ein Indiz der Zukunft eines Hermes-Standortes an der Werre. Zweifelsfrei sind an vielen Stellen auch die Gegner der Projekte zu Wort gekommen, für eine andere Sichtweise hat die SPD Verständnis und kann sie auch nachvollziehen. Aber letztlich hat der Rat eine Entscheidung zu treffen und die ist für die SPD begründbar, wie ich eben schon ausgeführt habe.

Es ist auch festzustellen, dass auf dem Verhandlungswege erhebliche Zugeständnisse seitens des Bauträgers ECE gemacht wurden, dieser Hinweis soll auch hier an die Gegner gerichtet werden. Ein zu erwartender positiver Gerichtsentscheid schmälert auch für die Gegner die Verhandlungsbasis.

Stärkungspakt

Durch den von der rot-grünen Landesregierung in Gang gebrachten Stärkungspakt können wir ein Stück Konsolidierung vorantreiben, müssen dafür aber auch stets Rechenschaft ablegen.

Bezirksregierung und Kreis schauen da schon genauer hin, noch genauer aber wohl die Abundanzkommunen, also diejenigen, die den

Pakt aufgrund ihrer errechneten Steuerkraft mitbezahlen müssen. Das hat sich Löhne so nicht ausgesucht, wir haben Verständnis dafür, dass sich die Verhältnisse in einigen der Zahlkommunen auch verändert haben, die Berechnungsgrundlage aber weit zurückliegende Zeiträume berücksichtigt. Das bedeutet für die Stadt Löhne, dass es kaum vermittelbar ist, in der Werrestadt Steuersätze zu erheben, die sich unter dem Level der Geberkommunen befinden. Löhne kann es sich auch im Rahmen von Steuergerechtigkeit somit nicht erlauben, hier anders zu handeln. Zudem haben die Aufsichtsbehörden hier klare Forderungen, die es zu erfüllen gilt. Hier wird also in Löhne mit den geplanten Steuererhöhungen keine Gelddruckmaschine angeworfen, hier wird den Anforderungen Rechnung getragen, den Anforderungen, die auch für Löhne die angenommenen Berechnungsgrundlagen für die Steuerkraft sind. Derjenige, der so bei der Gewerbesteuer unter diesen fiktiven Steuersätzen bleibt, zahlt neben den Mindereinnahmen also auch zusätzlich drauf. Jeder, der sich gegen neue Steuersätze entscheidet, der muss erklären, wo denn das Geld herkommen soll. Er muss auch den Geldgeberkommunen Rede und Antwort stehen.

Der Weg zurück in die volle Handlungsfähigkeit bleibt also steinig, das von mir schon einmal zitierte „Licht am Ende des Tunnels“ bleibt aber trotz der Haushaltsveränderungen in klarer Sichtweite. Dieses Licht kann uns ein Stück kommunaler Selbstverwaltung zurückgeben.

Die Stadt Löhne ist mit ihren Nöten nicht allein, die finanzielle Lage der meisten NRW-Kommunen ist nach wie vor so prekär, dass Land und Bund ihre Unterstützung fortführen und ausbauen müssen.

Der Städte- und Gemeindebund fordert gar, den Stärkungspakt auf weitere Kommunen auszuweiten, auch ihnen die Chance zur Konsolidierung zu geben.

Noch einmal: Die Teilnahme am Stärkungspakt durch die Stadt Löhne ist nicht unanständig sondern gewollt und nötig!

Für eine dauerhafte Sanierung der Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen muss auch der Bund wesentlich mehr Verantwortung übernehmen. So bräuchten die Kommunen eine dynamische strukturelle Entlastung vor allem bei den Sozialkosten.

Die Sozialausgaben wachsen im Bund 2014 um 3,8 Prozent von 47 auf 48,7 Mrd. Euro und werden 2015 die 50 Mrd. Grenze übersteigen. Bis 2017 wird ein Anstieg auf mehr als 54 Mrd. Euro erwartet. Diese stetige Entwicklung kommunaler Haushalte von Investitions- zu Sozialhaushalten ist besorgniserregend. Im Kern handelt es sich dabei um:

- Kosten der Unterkunft
- Hilfe zum Lebensunterhalt
- Grundsicherung im Alter
- Kinder- und Jugendhilfe
- Eingliederungshilfe
- Hilfe zur Pflege

Die finanziellen Probleme vor Ort entstehen also überwiegend durch die Sozialausgaben, deren Umfang und Tiefe nicht kommunal, sondern zumeist bundesseitig normiert werden. Betrachtet man die Ausgaben der Kernhaushalte von Bund, Ländern und Gemeinden, tätigen die Kommunen fast ein Viertel der Ausgaben (23,6%), während sie nur mit etwa 14% an den Steuereinnahmen beteiligt sind. Eine ausgabengerechte Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müsste, vereinfacht gesagt, auch eine Folge in einem schlüssigen Finanzausgleichssystem haben. Damit ist selbstverständlich nicht gemeint, dass die Kostenerstattung bei Sozialleistungsgesetzen seitens des Bundes mit dem Finanzausgleichssystem deckungsgleich sein müsste. Die Vorstellung des Bundes allerdings, das Steueraufkommen in Deutschland sei „sein“ Geld, das er quasi nach Belieben verteilen und damit die Gemeinden „entlasten“ kann, ist verfassungsrechtlich nach Meinung der SPD nicht begründbar.

Auch Kämmerer Bernd Poggemöller rechnet für Löhne mit einem Anteil der im Koalitionsvertrag zugesagten fünf Milliarden Euro Entlastung. Unsere kommunale Interessenvertretung, der Städte- und Gemeindebund, fordert, dass diese Mittel in vollem Umfang noch in dieser Legislaturperiode fließen müssen.

Das Land hat aktuell heute reagiert und wird die bis Ende 2013 aus dem Bildungs- und Teilhabepaket finanzierte Beschäftigung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern für die nächsten drei Jahre sichern, obwohl es nach wie vor Aufgabe des Bundes ist. Das ist auch die klare Auffassung der kommunalen Spitzenverbände in NRW.

Fachmarktzentrum

An dieser Stelle muss noch einmal etwas zum Fachmarktzentrum Mennighüffen gesagt werden. Die Löhner SPD hat sich sehr intensiv mit vielen Planungen und Varianten auseinander gesetzt. Sie respektiert das Recht des Investors, auf seinem oder möglichem gekauften Gelände zu investieren, wie wir auch respektieren, wenn ein Bürger auf seinem Grundstück ein Haus oder eine Garage bauen will. Wir haben aber die Dinge hinterfragt, wir sind selbst tätig geworden mit Gutachter und vielen Ortsbesichtigungen. Wir haben kritische Fragen gestellt und wir haben diese Fragen im Auftrag von Bürgern formuliert. Wenn Fragen beantwortet werden, wenn Alternativlösungen nicht möglich sind, dann hat man dieses hinzunehmen. Es ist aber schon unfassbar, wenn beispielsweise die LBA mit Häme um sich schlägt, sie habe das schon immer gewusst. Nichts tun und dann urteilen, das ist hier wohl das Prinzip.

Im weiteren Verfahren werden wir auch weiter Fragen stellen. Wenn es angebracht ist. Gerade bei einem derartigen Projekt ist jederzeit Transparenz gefordert, die Planungen müssen erklärbar und nachvollziehbar bleiben. Dies gilt umso mehr, da Bürger ja auch ein Recht auf juristische Überprüfung haben. Sollte dieses geschehen, dann kann man das wohl kaum Politik und Verwaltung vorwerfen.

Weitere Ziele

In unserer Kommune, die am Stärkungspakt teilnimmt, gehen aber trotzdem die Lichter nicht aus. Mit erheblichen Mitteln, begleitet durch das Augenmaß des Kämmerers, werden besonders im Schulbereich noch Maßnahmen geschultert, die einen enormen Aufwand bedeuten. Die Finanzierung des Um- und Neubaus am und im Gymnasium fordert Löhne bis an die Grenzen. Zudem werden Umzüge von Schulen in andere Gebäude nicht nur für viel Aufregung sondern auch für finanziellen Bedarf sorgen. Es ist an dieser Stelle besonders anzumerken, dass unter Berücksichtigung der Haushaltslage sich die Schulen bemühen, im Einklang mit dem Schulträger kostengünstige Lösungen zu erarbeiten, ein wohl einmaliger Vorgang. Hinter Umzug und Umbau stehen zudem die Gremien der Schulen, sind und werden in die Planungen einbezogen, die Transparenz hat offensichtlich gut getan. Trotzdem ist die Mitarbeit aller ein gutes Stück gelebte Demokratie, jeden Tag müssen neue Dinge in den Häusern neu erklärt werden. Mit diesem Haushaltsplan sind die Finanzierungen gesichert.

Gesichert ist auch der Bau des Anschlusses an die B61, seit Jahrzehnten von der Stadt Löhne gewünscht, geplant. Nach einer kaum messbaren Zeit des Stillstandes geht es voran, auch hier ist die Stadt Löhne finanziell im Boot, hat einen dicken Brocken zu schultern.

So bliebe da noch das Personal. Gern ist hier von freien Kapazitäten zu hören, von Einsparmöglichkeiten. Doch die Zitrone ist ausgequetscht. Aufgaben werden nach außen vergeben, tauchen aber so im Personalkostenetat nicht mehr auf. Planungs- und Gutachtertätigkeiten werden extern bearbeitet, Dienstleistungen wie Baggerarbeiten für die Straßenentwässerung von Firmen erledigt. Da konnte früher einiges mehr im Hause abgearbeitet werden, der Popanz heißt nun einmal „Personaletat“. Doch wer hinschaut, der sieht keine Ecken mehr, die abgeschliffen werden können. Der sieht, dass geringe personelle Steigerungen durch Ratsbeschlüsse gesichert sind.

Es wirft sich die Frage auf, doch zu bekennen, welche Einrichtung geschlossen werden soll, wenn dieser Weg weiter begangen werden soll. Das, was Löhne einzigartig macht, von Musikschule, Jugendkunstschule über Volkshochschule bis Kulturarbeit, hat für die Löhner SPD Bestandsschutz. Und das gilt auch für den Löhner Bahnhof, die Initiativen werden von der SPD ausdrücklich unterstützt und begleitet. Wir sind Teil der Bewegung.

Fazit

Die Stadt Löhne ist auf einem schwierigen, aber zielgerichteten Konsolidierungsweg. Es gibt viele Probleme, die anzugehen sind. Das abgearbeitete Straßennetz, zudem auch durch fremde Baumaßnahmen wie die überflüssige Nordumgehung hochbelastet, muss bearbeitet werden. Die SPD wird hier mit einem Antrag einen weiteren Schritt nach vorn machen. Anträge wird die SPD auch zu weiteren Fachthemen stellen, so ist der Bolzplatz in Ostscheid ein wichtiger Punkt, wie die Verkehrsführung Werster Straße/ Lübbecker Straße. Moderne Energie an der Musikschule hat uns ebenso beschäftigt wie ein Neuansatz für Bürgerbeteiligung.

Unser Fazit: Die geplanten Maßnahmen sind umzusetzen, Löhne hat immer noch eine vorbildliche Schullandschaft, in seinem Charakter durchaus mit Alleinstellungsmerkmal. Der Branchenmix ist mit dieser Löhner Wirtschaftsförderung auf dem Vormarsch, Wirtschaftsförderung findet unter Bürgermeister Heinz-Dieter Held wieder aktiv statt. Und vor allem: Wirtschaftsförderung zeigt wieder konkrete Ergebnisse.

Das Wollen ist an vielen Stellen zu spüren. Die Löhner SPD hält den eingeschlagenen Weg für richtig, wird dem Haushalt mit seinen Anlagen die Zustimmung erteilen und hofft darauf, hier viele andere Ratsvertreter mitnehmen zu können. Unsere Stadt geht alle an!